

Wohin gehst Du, Waldpolitik? Landtagswahl ist eine Antwort

Forstpolitische Sprecher der Parteien in Boppard

Am Montag vergangener Woche diskutierten die Waldeigentümer im Rahmen der Mitgliederversammlung des Waldbesitzerverbandes Rheinland-Pfalz mit den Forstpolitischen Sprechern der Parteien über den richtigen Kurs der Waldpolitik. Dabei zeigte sich, dass die Politik in vieler Hinsicht weit weg von den Realitäten in den Beständen ist. Ob bei EUDR oder der Wiederherstellungsverordnung (W-VO) es werden politische Forderungen gestellt, die nicht realisierbar sind. Dies betonte auch Prof. Dr. Andreas Bitter, der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer, der an der Mitgliederversammlung teilnahm.

„Waldeigentum ist ein Privileg. Auf drei Vierteln der Waldfläche wird in unserer Verantwortung – und zumeist unmittelbar durch unsere praktische Arbeit – die Waldentwicklung gesteuert. Wenn die Landesregierung heute eine „Klima-Wald-Offensive“ ausruft, dann wird unser Beitrag benötigt! Wenn die EU in Europa eine Natur-Wiederherstellung tatsächlich zum Erfolg führen will, dann ist dieser Erfolg nicht ohne uns vorstellbar.“ So formuliert es Christian Keimer, Bürgermeister von Kastellaun und Vorsitzender des Waldbesitzerverbandes Rheinland-Pfalz in Boppard.

Politischer Druck auf Flächeneigentümer steigt

Nachdem immer deutlicher wird, dass das 1,5°C-Klimaziel verfehlt wird, lastet der Veränderungsdruck umso mehr auf den Wäldern und ihren Bewirtschaftern. Die mittel- und langfristige

Nachhaltigkeitsplanung in jedem Wald und in jedem Forstbetrieb muss den sich schnell ändernden ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. „Die Wälder, die wir heute begründen, werden die Waldleistungen für unsere Enkel und Urenkel ausmachen. Anlass zur Sorge ist, dass sich die Politik in den letzten Jahren eher an einzelnen, besonders lauten Interessengruppen orientiert als an der ganzheitlichen Sicht der Verantwortungs- und Leistungsträger“, konstatierte Keimer.

Das Ergebnis sei gerade bei der Europäischen Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR) zu sehen: Erneut muss diese wegen Praxisferne verschoben werden. Dabei stehen die Waldbesitzer mit der Mehrheit der verantwortungsbewussten Bürger hinter den Zielen der Green Deal Politik.

Jedoch ist der nächste Fehlversuch einer praxisfernen „Top-

Down-Regulierung“ mit dem „Nature Restoration Law“ oder der Wiederherstellungs-Verordnung (W-VO) bereits angelegt: „Ohne hinreichende Beteiligung der Eigentümer müssen die staatlichen Stellen „Erhaltungszustände der Lebensraumtypen“ in Wald und Flur nach Brüssel melden und „Wiederherstellungspläne“ formulieren. Zu befürchten ist ein weiteres Mal ein sich langsam aber stetig aufbauender ordnungsrechtlicher Druck statt einer positiven Mitnahme der Leistungsträger vor Ort. Wenn aber die Politik versucht, aus der Ferne in die lokal sehr verschiedenen Waldarbeiten hineinzuregulieren, anstatt auf die Erfahrung und das Verantwortungsbewusstsein vor Ort zu bauen, schürt sie Zielkonflikte zwischen Eigentums- und Naturschutzrecht“, sagte Keimer.

So behindere die Politik den Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt sehr viel mehr, als dass sie die Erreichung der in diesen Bereichen gesetzten Zielen befördere. „Denn für den Umbau der Wälder und für ein erfolgreiches Ökoprosjektmanagement werden die wichtigsten treibenden Kräfte mit einer solchen Bevormundung nicht aktiviert, sondern eher verprellt“, fasste Keimer seine Rede im öffentlichen Teil zusammen.

Staatssekretär Dr. Erwin Manz, der Forstministerin Katrin Eder vertrat, hat in seinem Grußwort vor allem die positiven Ergebnisse der Bundeswaldinventur 4 im Land hervorgehoben und versichert, dass die Förderprogramme für die Waldbesitzer wichtig seien. Zur W-VO bemerkte er, dass ein Wiederherstellungsplan vom Bund ent-



Landjugend

WEINSALON RHEINHESSEN E.V.

Auf der Suche nach neuen Mitgliedern

Der Verein Weinsalon Rheinhessen e.V. vereint junge Winzerinnen und Winzer aus 18 rheinhessischen Weingütern. Gemeinsam möchten sie mit authentischen Weinen begeistern, neue Impulse setzen und das junge Rheinhessen nach außen vertreten.

Von April bis September organisiert der Weinsalon regelmäßig Afterwork-Veranstaltungen in Mainz und Darmstadt, dazu kommen interne Events wie gemeinsame Verkostungen, Exkursionen und Feste. Neben dem Spaß am Austausch steht auch die Förderung des Nachwuchses im Mittelpunkt: Erfahrene Mitglieder machen Platz für neue Gesichter.

Aktuell sucht der Verein junge Winzerinnen und Winzer bis 28 Jahre, die Lust haben, das Netzwerk zu bereichern und Rheinhessenwein bei Veranstaltungen zu präsentieren. Bewerbungen sind bis zum 17. November 2025 möglich – per Mail mit Bewerbungsformular – zum Downloaden auf der Homepage www.weinsalon-rheinhessen.de – sowie einem kurzen Video an E-Mail: kontakt@weinsalon-rheinhessen.de Landjugend RP



Prof. Dr. Andreas Bitter, der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer, lehnt die W-VO ab, die Wälder nach historischen Lebensraumtypen wiederherstellen soll. Foto: Setzepfand

worfen wurde mit hohem Abstraktionspotenzial. „Daraus lassen sich keine Empfehlungen für Waldbesitzer oder Landwirte ableiten“, versicherte Manz.

Da die Senkenleistung der heimischen Wälder durch den Klimawandel reduziert werde, hat sich das Land Anfang Juli für eine Klima-Wald-Offensive ausgesprochen, die einen Umfang von 50 Mio. Euro habe. Vier Punkte beinhalte diese:

- Die Neuanlage von Wäldern,
- den Waldumbau hin zu resilienten Wäldern,
- den waldübergreifenden Wasserrückhalt zur Stabilisierung der Wälder und
- den Holzbau sowie das Dämmen mit holzbasierten Stoffen.

Manz wies darauf hin, dass das Forstministerium in den vergangenen Monaten viel Zeit in die Ausarbeitung der EUDR im Land gesteckt habe. „Das hat unser Haus stark gefordert, doch wenn es dann soweit sein soll, dann können die Waldbesitzer ein Dienstleistungsangebot nutzen“, sagte er zu.

W-VO – gegen die Dynamik der Natur arbeiten

Prof. Dr. Andreas Bitter von der AGDW in Berlin beschönigte nichts: „Wir stehen vor großen Herausforderungen. Die Klimakrise hat schwere Schäden in den Wäldern verursacht bis hin zu Verschiebungen in der Baumartenzusammensetzung.“ Die Waldeigentümer seien dankbar für die Förderungen im Rahmen der GAK und im klimangepassten Waldmanagement. Bei Letzterem sei Rheinland-Pfalz ein großer Profiteur.

Bitter mache der Green Deal große Sorgen: „Die Ziele sind anerkannt, doch die Umsetzungen sind ein Desaster. EUDR darf so nicht in die Betriebe kommen.“ Zur W-VO bemerkte er, dass es keinen Sinn mache, Lebensraumtypen der Vergangenheit gegen die Dynamik der Natur wiederherzustellen. Er sprach sich für eine hinreichende Förderpolitik aus mit praxistauglichen Lösungen ohne Ordnungsrecht.

Im Anschluss begaben sich die forstpolitischen Sprecher von SPD, Nico Steinbach; der CDU, Michael Ludwig; der Grünen, Fabian Ehmann; der FDP, Marco Weber und der Freien Wählergruppe, Stephan Wefelscheid in die Fragerunde mit Marie Hoffmann, einer Influencerin im Agrarsektor. Die AFD hatte abgefragt. Hoffmann fragte, wie die Sprecher die Waldbesitzer bei der W-VO mitnehmen wollen. Ehmann sprach sich für eine naturnahe ökologische Bewirtschaftung der Wälder aus und eine Honorierung der Ökosystemleistungen. Weber bemerkte, dass die Waldbesitzer dabei seien „wiederherzustellen“ und dass die W-VO ohne Bevormundung und ohne Bürokratie praxisgerecht sein müsse. Wefelscheid betonte, dass es kein Eingriff ins Eigentumsrecht geben dürfe. Er schlug vor, diese Ziele nur im Staatswald umzusetzen.

Zum Schluss wurde es lauter beim „Wald-Wild-Konflikt“. Ludwig sagte, dass das neue Landesjagdgesetz unnötig sei. Steinbach betonte, dass man Lösungen vor Ort finden müsse und Weber sagte: „Wenn das Hobby, das Eigentum auffrisst, dann muss gehandelt werden.“ zep



Sie diskutierten im Rahmen der öffentlichen Mitgliederversammlung des Waldbesitzerverbandes Rheinland-Pfalz (v.l.): Fabian Ehmann von den Grünen, Nico Steinbach von der SPD, Stephan Wefelscheid von den Freien Wählern, Influencerin Marie Hoffmann, erster Vorsitzender Christian Keimer, Michael Ludwig von der CDU und Marco Weber von der FDP.

Foto: WBV RLP